

Altersvorsorge im Umbruch:

Demografische Herausforderungen, ökonomische
Rahmenbedingungen und internationale Lösungsmodelle

Pressegespräch mit

em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

WU Wien, Präsident des Fiskalrates

Markus Reindl, MBA MSc MA

gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für betriebliches Vorsorgewesen,
Lebensversicherung und Pensionsversicherung

Mag. Hanno Lorenz

stellvertretenden Direktor der Agenda Austria

und als Gastgeber:

GD Mag. Othmar Nagl

Oberösterreichische Versicherung AG, Vorsitzender des Instituts für Versicherungswirtschaft

Linz, am 14. April 2026

Das österreichische Pensionssystem steht an einem Wendepunkt. Steigende Lebenserwartung, sinkende Geburtenraten und strukturelle Schwächen setzen das bestehende Umlagesystem zunehmend unter Druck. Dennoch basiert die Altersvorsorge hierzulande nach wie vor überwiegend auf einer einzigen Säule – der staatlichen Pension. Dieses Modell gerät jedoch angesichts der demografischen Entwicklung zunehmend an seine finanziellen Grenzen.

Laufend, aber ganz besonders am Equal Pension Day, wird uns medial vor Augen geführt, dass es um unser Pensionssystem nicht zum Besten steht. Laut aktueller Berichterstattung sind die Pensionsausgaben 2025 erneut deutlich stärker gestiegen als die Inflation. Aufgrund der rund sieben Prozent mehr als noch 2024 zeigt sich mittlerweile auch der aktuelle Finanzminister besorgt. Schön langsam beginnt auch ein Umdenken seitens der Politik.

Laut einer Vorsorgestudie von 2025 gehen 60 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher davon aus, dass sie in der Pension weiterarbeiten müssen – Tendenz steigend. „Wenn wir gesundheitlich oder körperlich dazu noch in der Lage sind, dann spricht grundsätzlich nichts dagegen.“

Aber nicht jeder ist dazu in der Lage und auch nicht jeder Beruf bietet diese Möglichkeit. Dazu kommt, dass sich mittlerweile mehr als drei Viertel der jungen Menschen bereits jetzt um ihre Altersvorsorge sorgen – und das zu Recht. Daher ist es wichtig, dass wir früh beginnen, an unsere Altersvorsorge zu denken. Denn das Vertrauen in das staatliche Pensionssystem sinkt und - Kapital ist Zeit mal Geld“, so der Vorsitzende des Instituts für Versicherungswirtschaft und Generaldirektor der Oberösterreichischen Versicherung Othmar Nagl.

Reformen werden aufgeschoben

„Das österreichische Pensionssystem fährt derzeit sehenden Auges gegen die demografische Wand“, so Hanno Lorenz, stellvertretender Direktor der Agenda Austria. Und weiter: „Während die Lebenserwartung steigt, verharren wir in einem System, das fast ausschließlich auf einer Säule, der öffentlichen Pension ruht. Dieses Umlageverfahren stößt jedoch aufgrund politischer Reformunwilligkeit an seine finanziellen Belastungsgrenzen.“ Der Grund liegt nahe, denn immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Pensionistinnen und Pensionisten aufkommen.

Die zentrale Herausforderung besteht also darin, das System krisenfest zu machen. Die notwendigen Anpassungen sind seit Jahren bekannt, die Agenda Austria legte soeben auch ein kontroversielles Konzept vor, das bis 2029 Überschüsse bringen soll – nötige Schritte werden jedoch politisch kaum umgesetzt.

Rückfragen an:

Mag. Toril Fosen | Generalsekretärin des Instituts für Versicherungswirtschaft an der JKU
| tel. 057891-71590 | mail. t.fosen@ooev.at

Lorenz dazu: „Wenn wir eine gute Altersvorsorge auch in Zukunft erhalten wollen, müssen wir das System jetzt wetterfest machen. Das bedeutet: Wir müssen das gesetzliche Pensionsantrittsalter automatisch an die Lebenserwartung koppeln, Förderungen neu denken, Selbstbehalte im Gesundheitswesen einführen und den Mut für eine echte Strukturreform hin zu einem stabilen Drei-Säulen-Modell aufbringen.“

Es braucht eine Entlastung der ersten Säule durch eine Stärkung der betrieblichen Vorsorge. Diese sollte auch tatsächliche Renditen am Kapitalmarkt erzielen. Zuletzt muss auch die private Vorsorge steuerlich attraktiver werden. Ausschließlich auf den Staat sollten wir uns in Zukunft nicht mehr verlassen.“

Als nachhaltige Pensionssysteme nennt Lorenz Länder wie Schweden, Dänemark und die Niederlande. Sie alle setzen frühzeitig auf eine stärkere Kapitaldeckung und automatische Anpassungsmechanismen wie etwa die Kopplung des Pensionsalters an die Lebenserwartung. Auch die Beschäftigungsquote der 55- bis 65-jährigen ist besonders hoch. Diese liegt nach der letzten Erhebung 2023 in Schweden bei 78 Prozent, in Österreich lediglich bei 57,3 Prozent.

Längeres Arbeiten braucht bessere Anreize

Eine Anhebung des Pensionsantrittsalters allein greift jedoch zu kurz. Es braucht gleichzeitig Rahmenbedingungen, die längeres Arbeiten überhaupt ermöglichen. Ältere Arbeitnehmer werden noch immer häufig zu früh aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, während gleichzeitig Potenziale – etwa bei der Erwerbstätigkeit von Frauen – ungenutzt bleiben. Ohne eine aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt jede Pensionsreform unvollständig.

Zudem braucht es auch eine echte Weiterentwicklung hin zu einem stabilen Drei-Säulen-Modell. Denn ein stabiles Vorsorgesystem braucht mehr als nur die staatliche Pension. Die vielzitierte Kombination aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge ist in Österreich bislang alles andere als ausgewogen.

Markus Reindl, gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für betriebliches Vorsorgewesen, Lebensversicherung und Pensionsversicherung, dazu: „Die Kombination aus gesetzlicher, privater und betrieblicher Altersvorsorge ist ein wackeliges Dreibein. Bei der gesetzlichen Pension sind Anpassungen unabdingbar. In der betrieblichen Vorsorge bedarf es größerer Eingriffe, um die Arbeitnehmerschaft breiter sinnvoll zu erfassen. Bei der privaten Vorsorge ist die private Versicherungswirtschaft meines Erachtens drauf und dran, die derzeitige Hegemonialstellung auf Sicht zu verlieren.“

Das heißt, die erste Säule – die gesetzliche Pension – wird auch künftig eine zentrale Rolle spielen, allerdings mit Anpassungen wie neben einer sachten

Rückfragen an:

Mag. Toril Fosen | Generalsekretärin des Instituts für Versicherungswirtschaft an der JKU
| tel. 057891-71590 | mail. t.fosen@oeev.at

Erhöhung des Pensionsantrittsalters eine Erhöhung der Wartezeit für reguläre Alterspension oder eine moderate Senkung des Kontoprozentsatzes im Pensionskonto. Und die erste Säule muss jedenfalls durch betriebliche und private Vorsorge wirksam ergänzt werden. Gerade die betriebliche Altersvorsorge bietet Potenzial, breitere Teile der Arbeitnehmerschaft einzubeziehen und stärker an den Erträgen des Kapitalmarkts teilhaben zu lassen. Reindl dazu „Ich bin überzeugt, dass gerade die betriebliche Vorsorge für die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung eine ideale Zusatzpension darstellen würde. Um hier eine Basis zu schaffen, bedarf es aber gesetzlicher Änderungen.“ Hier sind also gezielte strukturelle Anpassungen notwendig, um Reichweite und Attraktivität deutlich zu erhöhen. Immerhin arbeitet die Bundesregierung gerade mit Hochdruck daran, noch im April einen Gesetzesentwurf auf Schiene zu bringen, der ab 2027 die zweite Säule stärken soll.

Private Vorsorge gewollt, aber kaum gefördert

Auch die private Vorsorge gewinnt zunehmend an Bedeutung, wird jedoch in Österreich nach wie vor nur schwach gefördert. Aktuell bestehen laut Experten nur sehr begrenzte steuerliche Anreize. Frühere Fördermodelle wurden zurückgefahren, was sich unmittelbar in sinkenden Vertragszahlen widerspiegelt. Gleichzeitig zeigen internationale Beispiele, dass attraktive steuerliche Rahmenbedingungen – etwa höhere Absetzbeträge, steuerfreie Veranlagungsgewinne oder flexiblere Auszahlungsmodelle – die Teilnahme deutlich erhöhen können. Eine Reform könnte hier gezielt ansetzen, etwa durch die Abschaffung der Versicherungssteuer auf Vorsorgeprodukte oder durch attraktivere Fördermodelle.

Dass Vorsorge längst ein gesellschaftlich relevantes Thema ist, zeigt auch die aktuelle Studienlage. Für eine große Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher sind sowohl finanzielle als auch gesundheitliche Vorsorge von hoher Bedeutung. Gleichzeitig empfindet ein erheblicher Teil der Bevölkerung die Auseinandersetzung mit finanzieller Absicherung als belastend oder komplex. Viele Menschen wollen zwar mehr vorsorgen, scheitern jedoch an mangelnder Leistbarkeit, fehlenden Anreizen oder unzureichendem Wissen. Dies unterstreicht, dass neben strukturellen Reformen auch verständliche Produkte und bessere Finanzbildung notwendig sind.

Aktuelle Entwicklung der Staatsfinanzen

Die Kombination von Wirtschaftskrise und extensiver Ausgabenpolitik der letzten Jahre hat die öffentlichen Finanzen in eine sehr schwierige Situation

Rückfragen an:

Mag. Toril Fosen | Generalsekretärin des Instituts für Versicherungswirtschaft an der JKU
| tel. 057891-71590 | mail. t.fosen@ooev.at

gebracht – Budgetkonsolidierung ist dringend geboten; und dies für mehrere Jahre in der Zukunft.

Der Vergleich innerhalb der EU-Staaten zeigt, dass vor allem im Gesundheits- und Pensionsvergleich Österreich eine der höchsten Abgabenquoten in der EU hat. Ausgehend von einem hohen Niveau steigt die Abgabenquote laut Experten 2026 hingegen auf bereits 45,5 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung.

Auch wenn bei einem normativen Vergleich der internationalen Quoten wegen unterschiedlicher Ausgestaltung der Sozialsysteme und deren Leistungen Vorsicht geboten ist, sind für Österreich dennoch folgende Tendenzen zu sehen: Hohe Abgabenquote, hohe Gesundheits- und Pensionsausgaben und eine durchschnittliche Höhe der Schuldenquote, aber seit 2019 mit einem deutlichen Anstieg von 71 Prozent.

Der Präsident des Fiskalrates und Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien Christoph Badelt sieht daher dringend Handlungsbedarf und empfiehlt, Effizienz der Ausgaben zu erhöhen, Leistungen anzupassen und zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Badelt dazu: „Das österreichische Pensionssystem ist grundsätzlich finanzierbar, aber es braucht Reformen. Die vorgeschlagenen Anpassungen sind kein „Wegnehmen“, sondern im Gegenteil eine Absicherung bestehender und zukünftiger Pensionen. Und sie dienen auch dazu, zusätzliche Mittel für die steigenden Pflegekosten zu generieren. Das langfristige Wachstum der Gesundheitsausgaben macht es nötig, durch Strukturreformen die Finanzierbarkeit des Systems sicherzustellen. Daher muss die Effizienz des Systems dringend gesteigert werden, z.B. durch Beseitigung der vielen Doppelzuständigkeiten bei der Finanzierung. Es muss aber auch eine Grundsatzdiskussion darüber geführt werden, welche Leistungen langfristig vom öffentlichen Gesundheitswesen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden können.“

Eine nachhaltige Lösung erfordert also den politischen Mut, unpopuläre, aber notwendige Entscheidungen frühzeitig zu treffen. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch kommende Generationen auf eine verlässliche Altersvorsorge bauen können. Die Kombination aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge bildet dabei das Fundament für ein zukunftsfähiges System. Dieses „Dreibein“ ist derzeit jedoch noch instabil – und genau hier setzt die Diskussion an, die im Rahmen der Frühjahrsveranstaltung des Instituts für Versicherungswirtschaft geführt wurde.

Rückfragen an:

Mag. Toril Fosen | Generalsekretärin des Instituts für Versicherungswirtschaft an der JKU
| tel. 057891-71590 | mail. t.fosen@ooev.at

Über das Institut für Versicherungswirtschaft

Das Institut für Versicherungswirtschaft an der Johannes Kepler Universität besteht seit 1982 und versteht sich als Schnittstelle zwischen universitärer Forschung und der Versicherungswirtschaft in der Praxis. Im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen werden aktuelle Fragestellungen aus dem Versicherungswesen aus Sicht der Versicherungsnehmer auf der einen und der Unternehmen auf der anderen Seite erörtert und Lösungsansätze erarbeitet. Nähere Informationen unter ivw-jku.at/

Rückfragen an:

Mag. Toril Fosen | Generalsekretärin des Instituts für Versicherungswirtschaft an der JKU
| tel. 057891-71590 | mail. t.fosen@oeev.at
